

POLITISCHE ERKLÄRUNG
Charleroi, den 2. Oktober 2001

Die Vertreter der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die anlässlich der 13. Sitzung der Wohnungsbauminister der Europäischen Union zusammengekommen sind, die am 1. und 2. Oktober in Brüssel und Charleroi stattgefunden hat,

sind der Meinung, dass:

- einige Initiativen und Entscheidungen der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken Auswirkungen auf den Wohnungsbausektor und die nationalen Wohnungsbaupolitiken haben;
- entsprechend der Schlusserklärung ihrer 12. Begegnung „das Wohnungswesen voller Konflikte ist: „lockere Märkte in Sektoren mit rückläufiger wirtschaftlicher und demographischer Konjunktur sowie angespannte Märkte in den Wachstumsmärkten.“

erinnern an die Entscheidung des Europäischen Rates von Nizza über die Umsetzung der Politiken für den Zugang eines jeden zu einer sauberen und annehmbaren Wohnung:

bevollmächtigen die Präsidentschaft einerseits, um in Zusammenarbeit mit der Kommission den bestmöglichen Weg zu finden, damit die Kommission einen Bericht erarbeitet und eine Mitteilung zum Sachstand der Wechselbeziehungen zwischen den gemeinschaftlichen und nationalen Wohnungsbaupolitiken erstellt, und andererseits die Kommission aufzufordern, das Ministertreffen regelmäßig über die Initiativen und Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene zu informieren, die einen Einfluss auf die Wohnungsbaupolitiken haben könnten.

beschliessen, dass:

- ihre nächsten Treffen die Initiativen und Entscheidungen der Europäischen Union behandeln werden, die sich auf die nationalen Wohnungsbaupolitiken auswirken werden;
- ihre Treffen sich regelmäßig mit den Instrumenten zur Marktregulierung und Entwicklung der Wohnungsbaupolitik befassen werden;
- ihre nächsten Treffen einer gemeinsamen Strategie auf der Grundlage ihrer Jahresberichte gewidmet werden, um den Zugang zu qualitativ hochwertigen Wohnungen zu gewährleisten zur Unterstützung der sozialen Nachfrage und zur Bekämpfung unsauberer und unannehmbarer Wohnungsbedingungen;
- gemeinsam die Analyse, Beurteilung und die Förderung der Agenda Habitat von allen betroffenen Partnern über eine bessere Koordinierung der verschiedenen bestehenden Diskussions-Plattformen gewährleisten;
- eine Sitzung der Beamten insofern nützlich ist, als es einerseits um einen klaren und deutlichen Informationsaustausch zu einem bestimmten Thema geht, das von einem Staat vorbereitet wurde, das die EU-Präsidentschaft während dieses Zeitraums übernommen hat, und andererseits die von den Mitgliedsstaaten Themen anspricht, um das Treffen der europäischen Wohnungsbauminister zu ermöglichen, um sich auf die wiederkehrenden Themen einer gemeinsamen Strategie zu konzentrieren.

fordern, dass ein Ministerrat das Treffen der Wohnungsbauminister begleitet und deren Anliegen in die Schlußfolgerungen und Entscheidungen, die sich aus diesen Arbeiten ergeben, ab dem Jahr 2003 einfließen läßt.